

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

Nr.  
17.12.2009

### **Rückzieher beim Schulobstprogramm inakzeptabel**

#### **Programm leistet wichtigen Beitrag zur Ernährungserziehung**

Zur Absage von Agrarministerin Lieske an das EU-Schulobstprogramm erklärt Cornelia Behm, Sprecherin für Ländliche Entwicklung und für Waldpolitik der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

"Es ist völlig inakzeptabel und für eine rot-rote Landesregierung ein Armutszeugnis, dass die Landesregierung die Teilnahme Brandenburgs am EU-Schulobstprogramm absagt. Schließlich hatte sich das Land in seiner regionalen Strategie zum Schulobstprogramm bereit erklärt hat, das Programm mit 452.000 Euro Eigenanteil in märkischen Kitas, Grundschulen und Förderschulen umzusetzen. Wenn die Landesregierung jetzt als zentralen Hinderungsgrund nennt, dass das Programm ein Bürokratiemonster sei, dann muss man sie schon fragen, warum ihr das erst jetzt auffällt.

Das Land Brandenburg darf daher jetzt keinen Rückzieher machen, denn Modellvorhaben haben den ernährungspolitischen Sinn des Programms belegt. Dabei geht es um Ernährungserziehung, und nicht um die tagtägliche kostenlose Ernährung sämtlicher Schulkinder. Deswegen reicht es aus, wenn die Kinder einmal die Woche Obst bekommen.

Wenn man weiß, dass Fettleibigkeit und ernährungsbedingte Fälle von Diabetes bei Kindern zweistellige Wachstumsraten verzeichnen und bereits heute Milliarden an Behandlungskosten verursachen, und wenn man weiß, dass arme Kinder ungesünder essen als der Durchschnitt, dann weiß man, wie wichtig dieser Beitrag zur Ernährungserziehung ist. Und dann weiß man, dass das Geld für das Schulobstprogramm gut angelegtes Geld ist."

Die EU stellt für das Schulobstprogramm in Deutschland 12,5 Mio. zur Verfügung, die auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Auf Brandenburg entfallen davon 452.000 Euro, die das Land in gleicher Höhe kofinanzieren muss. Diese Mittel können auch durch Sponsoren oder Elternbeiträge aufgebracht werden.